

grh Mitteilungen^{3/17}

Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung e.V.

Franz-Mehring-Platz 1 ★ 10243 Berlin ★ Tel./Fax: 030 2978 4225 ★ E-Mail:verein@grh-ev.org
Internet:www.grh-ev.org ★ Geschäftszeiten: Dienstag und Donnerstag 09⁰⁰ bis 16⁰⁰ Uhr
Konto bei Berliner Volksbank, IBAN: DE53 1009 0000 5788 9000 09 BIC: BEVODEBB
Herausgeber: Der Vorstand ★ V.i.S.d.P. : Hans Bauer



Der Vorstand der GRH und die Redaktion
der Mitteilungen gratulieren zum
Internationalen Frauentag allen Mädchen
und Frauen, die sich als Mitglieder,



Sympathisanten und Leser gemeinsam mit uns für die Ziele der GRH
engagieren.

Appell

Berlin, im Januar 2017

Hände weg von Rußland!

Es ist unglaublich und empörend. Panzer rollen wieder gen Rußland. Tausende von Soldaten samt Kriegsausrüstung nehmen in diesen Tagen in Polen an den Grenzen zu Rußland Stellung. Der Truppenaufmarsch an der NATO-Ostgrenze ist eine ernsthafte Gefahr für den Frieden in Europa und darüber hinaus. Und Deutschland an vorderster Front. Bereitwillig stellt es sein Territorium für den militärischen Aufmarsch zur Verfügung. Und wird selbst im Rahmen einer NATO-Operation im Februar des Jahres 500 Soldaten mit Schützen- und Kampfpanzern sowie weiteren Militärfahrzeugen nach Litauen an die russische Grenze schicken.

Nach dem Grundgesetz der BRD hat der Bund "Streitkräfte zur Verteidigung" aufzustellen. Der Aufmarsch bundesdeutscher Truppen an Rußlands Grenzen dient nicht der Verteidigung. Es ist ein Verstoß gegen das Grundgesetz.

"Von Deutschland darf nie wieder Krieg ausgehen", war einst zu Zeiten des Kalten Krieges übereinstimmender Konsens zwischen den feindlichen Lagern. Und eingedenk der Opfer der Völker der Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg sowie des entscheidenden Anteils der Sowjetunion an der Zerschlagung des Hitlerfaschismus galten friedliche Beziehungen mit dem östlichen Nachbarn über Jahrzehnte als ein Grundpfeiler für Frieden und Sicherheit in Europa.

Für das Volk der DDR war Freundschaft mit der Sowjetunion Herzenssache. Dank der brüderlichen Verbundenheit beider Länder konnte die DDR über mehr als vier Jahrzehnte unter friedlichen Bedingungen eine sozialistische Entwicklung nehmen. Politiker der Sowjetunion und der DDR agierten erfolgreich mit Friedensinitiativen auf internationaler Bühne. Gemeinsam mit den sowjetischen und Waffenbrüdern der anderen sozialistischen Staaten schützten unsere Grenztruppen zuverlässig die territoriale Integrität unserer Länder. Die Armeen der Warschauer Vertragsstaaten garantierten das militärische Gleichgewicht, das für den Friedenserhalt so wichtig war.

Die Sowjetunion existiert nicht mehr. Rußland ist ein kapitalistisches Land. Mit seiner Politik unter Präsident Wladimir Putin leistet es aber in unserer Zeit, in der nach dem Zusammenbruch des sozialistischen Lagers Krieg wieder ein Mittel der Politik geworden ist, den entscheidenden Beitrag zur Zurückweisung aggressiver imperialistischer Politik.

Diese Erkenntnis und unsere geschichtlichen Erfahrungen verbinden uns in Solidarität und Freundschaft mit der Politik der Russischen Föderation.

Leistet Widerstand gegen die Kriegspolitik der BRD!

Erklärt Eure Solidarität mit der Politik Rußlands und seinem Präsidenten!

Tretet ein für friedliche und freundschaftliche Beziehungen mit Rußland!

Im Namen des Vorstandes der GRH e.V.

Hans Bauer
Vorsitzender

Dieter Stiebert
Geschäftsführer

Bisherige Unterstützer des Appells der GRH:

Präsidium des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden e. V. (OKV)
Arbeitskreis Geschichte der Jugendhochschule "Wilhelm Pieck"
Bündnis für soziale Gerechtigkeit und Menschenwürde e.V. (BÜSGM)
Unentdecktes Land
offen-siv
Freundeskreis Palast der Republik
Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V. (GBM) mit ihren
Arbeits- und Initiativgruppen
Bündnis für soziale Gerechtigkeit und Menschenwürde Berlin Lichtenberg-Hohenschönhausen
Bürgerverein Strausberg
DDR-Kabinett Bochum e.V.
Buchenwald-Gedenken
Deutscher Frei Denker-Verband e.V.
Deutscher Friedensrat e.V.
Erinnerungsbibliothek-DDR e.V.
Freie Deutsche Gewerkschaften, Förderverein zur Geschichte der Deutschen Gewerkschaftsbewegung (VFDG)
Freundeskreis der Sportsenioren Berlin
Freundeskreis Ernst-Thälmann, Gedenkstätte Ziegenhals
Initiative für gerechte Altersversorgung (IGA)
Initiativgemeinschaft zum Schutz der sozialen Rechte ehemaliger Angehöriger bewaffneter Organe und der Zollverwaltung der DDR e.V. (ISOR)
Mütter gegen den Krieg Berlin-Brandenburg
Revolutionärer Freundschaftsbund e.V. (RFB)
Rotfuchs Förderverein
Verband zur Pflege der Tradition der NVA und der GT der DDR (e.V.)
Traditionsverband NVA e.V.
Verband der Kleingärtner, Siedler und Grundstücksnutzer (VKSG) Berlin Prenzlauer Berg
Wohn- und Ferienheim Heideruh e.V.
Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)

Außerdem wurde der Appell von vielen Einzelpersonen unterstützt.

Aus der Arbeit des Vorstandes

Der Vorstand beschäftigte sich am 07.02.2017 mit dem Finanzhaushalt des vergangenen Jahres. Er bestätigte den Finanzbericht des Schatzmeisters für das Jahr 2016.

Trotz Erhöhung der Kosten bei den verbindlichen Ausgaben gelang es uns, alle finanziellen Verpflichtungen zu erfüllen. Durch die annähernd vollständige Zahlung aller Beiträge und das hohe Spendenaufkommen der Mitglieder und Sympathisanten hält sich das Einnahme- und Ausgabeverhältnis die Waage.

Neben der Realisierung der Ausgaben zu existenziellen Fragen und der Sicherung der Arbeitsfähigkeit des Vorstandes und der TAG' s gewährten wir humanitäre Hilfe für finanziell Bedürftige, betreuten wir unsere Mitglieder bei Geburtstagen, Krankheit oder Todesfällen. Wir beteiligten uns an den Kosten bei gemeinsamen Veranstaltungen anlässlich politischer und gesellschaftlicher Höhepunkte und unterstützten die Herstellung, Herausgabe und den Vertrieb von Büchern. Wir nutzten Informationsstände zum Beispiel zur Luxemburg-Konferenz, bei der Liebknecht-Luxemburg-Demonstration, zum UZ-Pressesfest in Dortmund, bei der Veranstaltung des DDR-Kabinetts in Bochum zum 67. Jahrestag der Gründung der DDR sowie zur Alternativen Einheitsfeier am 03.10.16, um das Anliegen der GRH einer breiten Öffentlichkeit kund zu tun. Dem dienten auch Anzeigen im nd, der Junge-Welt und der UZ.

Das war möglich durch unermüdliches Wirken der Kassierer der TAG` s und der TAG - Vorsitzenden, denn sie haben mit viel Fleiß und Energie die Mitgliedsbeiträge und Spenden „eingesammelt“. Der Vorstand dankte ihnen für die umsichtige und verantwortungsvolle Arbeit, denn ohne sie hätten wir keinen ausgeglichenen Haushalt.

Solidarische Grüße und ein großes „Danke schön“ gehen auch an alle Sympathisanten, deren Spenden eine große Hilfe bei unserem gemeinsamen Handeln sind. Bei einigen großzügigen Spendern bedankte sich der Vorstand mit einem persönlichen Schreiben.

Der für das Jahr 2017 beschlossene Finanzplan kann erneut nur erfüllt werden, wenn alle Mitglieder auch in diesem Jahr ihre Beitragspflicht erfüllen und bei Spenden großzügig sind. Für uns eine wichtige Form der Solidarität.

Der Schatzmeister wird der am 25.März 2017 stattfindenden 12. Vertreterversammlung der GRH entsprechend Bericht erstatten.

Der Vorstand der GRH gratuliert sehr herzlich allen Geburtstagskindern im Monat März, insbesondere den folgenden Jubilaren, und wünscht ihnen beste Gesundheit, Kraft, viel Glück und ein weiterhin erfülltes Leben.

zum 96. Geburtstag

Fritz Renkwitz, Berlin

zum 92. Geburtstag

Dr. Johannes Reichelt, Schöneiche

zum 85. Geburtstag

Eva Kolowrat, Berlin

Sieglinde Engst, Berlin

Gotthold Schramm, Friedersdorf

zum 80. Geburtstag

Wolfgang Flieger, Droßdorf

Manfred Jung, Halle

Egon Krenz, Riebnitz-Damgarten

Achim Kopf, Berlin

zum 75. Geburtstag

Hans-Joachim Tesch, Berlin

Dr. Reinhard Grimmer, Berlin

zum 65. Geburtstag

Wolfgang Kröske, Berlin

Neuerscheinung

Erich Buchholz

“Vom Rechtsstaat zum Gerichtsstaat, Vergleich und Bilanz“, verlag am Park 2017, ISBN 978-3-945187-81-4, 173 Seiten, 12,99 €

Eine Würdigung des streitbaren Juristen Prof. Dr. habil. Erich Buchholz zu seinem 90. Geburtstag (Hochschullehrer, Wissenschaftler und Sozialist)

Inhalt: Von "Recht und Gesetz sind Menschenwerk" (Verleger Frank Schumann), Gespräch mit Erich Buchholz und mit Beiträgen über seine Erfahrungen mit der BRD-Justiz bis zu Glückwünschen von Hans Bauer, Vorsitzender der GRH.

Hinweis: Das Buch kann auch in der Geschäftsstelle der GRH erworben bzw. bestellt werden.

Erklärung des OKV zur Veränderung der Eigentumsverhältnisse

Das Ostdeutsche Kuratorium von Verbänden (OKV) führte zwei öffentliche Veranstaltungen unter dem Motto „Das sozialistische Eigentum –

Grundlage jeder sozial gerechten Gesellschaft“ durch und publizierte die Vorträge dazu unter dem Buchtitel „Eigentum verpflichtet“. Die Teilnehmer der heute durchgeführten Diskussion zu dieser Thematik bekräftigen mehrheitlich nachfolgende Auffassung:

In der praktizierten Politik und im Ringen um eine sozial gerechtere Gesellschaft spielt die Problematik des gesellschaftlichen Eigentums nur eine untergeordnete Rolle. Es wird weitgehend die Illusion verbreitet, soziale Gerechtigkeit und Umverteilung von oben nach unten seien ohne Veränderung der Eigentumsverhältnisse möglich. Es wird die Meinung suggeriert, vorrangig durch höhere Besteuerung der Reichen und Besitzenden, sowie durch umfassende Demokratisierung und Mitbestimmung eine sozial gerechte Gesellschaft durchsetzen zu können. Die Geschichte und Gegenwart des Kapitalismus beweisen jedoch die marxistische Erkenntnis: Das Entscheidende für eine sozial gerechte Gesellschaft ist die Überführung von Privateigentum bei den die Gesellschaft prägenden Produktionsmitteln in Gemeineigentum.

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland lässt Enteignungen zu, wenn Eigentum nicht dem Wohl der Allgemeinheit dient. Mehrere Landesverfassungen fordern zwingend die Verstaatlichung von Grund und Boden, Finanzinstitutionen und Schlüsselindustrien. Die gewählten Politiker – unabhängig von ihrer politischen Orientierung - negieren im „Rechtstaat“ BRD diese verfassungsrechtlichen Anforderungen. Sie praktizieren statt dessen eine Politik, wo auf nationaler und internationaler Ebene der Privatbesitz einer kleinen Oberschicht immer mehr erweitert und die Armut der großen Unterschicht vergrößert wird.

Wir fordern alle fortschrittlichen politischen Kräfte dazu auf, in den Auseinandersetzungen um eine sozial gerechte Gesellschaft nicht den Besitzenden auf den Leim zu gehen und Illusionen zu wecken, sondern die gesellschaftlich notwendige und verfassungsmäßig legitime Veränderung der Eigentumsverhältnisse durch Überführung in Gemeineigentum in das gesellschaftliche Bewusstsein zu tragen.

Wir erachten es als notwendig, wenn Losungen einer „Umverteilung von oben nach unten“ erfolgreich sein sollen, konkrete Schritte zur Veränderung der Eigentumsordnung öffentlich zu diskutieren. Sie sollten mit der Enteignung der privaten Finanzorgane beginnen. Bei der zu erwartenden neuen weltweiten Finanzkrise könnte

dafür eine Massenbasis geschaffen werden. Die Überführung von Unternehmen der öffentlichen Daseinsfürsorge, der Rüstungsindustrie und von Grund und Boden in Gemeineigentum und dessen gesellschaftliche Kontrolle sollten weitere Schritte sein.

Wir verwahren uns dagegen, in diesem Zusammenhang die in der DDR praktizierten und verfassungsrechtlich geschützten Eigentumsverhältnisse, mit dem Kernstück Staatseigentum, zu verunglimpfen. Jede sozial gerechte Gesellschaft erfordert ein starkes Staatswesen, das über das dafür notwendige Eigentum verfügen muss.

Wir unterstreichen mit Nachdruck, dass die Überwindung des Privateigentums an gesellschaftlich bestimmenden Produktionsmitteln und die Beseitigung des darauf begründeten Zwangs zum Maximalprofit auch die entscheidende Bedingung für eine friedliche und umweltschonende Welt sind.

Dafür treten wir ein. Wir fordern alle fortschrittlichen Kräfte, die an einer wirksamen Umgestaltung der politischen Verhältnisse interessiert sind, dazu auf, diese Bestrebungen zu unterstützen.

Berlin, 23. Februar 2017

Ehrendes Gedenken unseren verstorbenen Mitgliedern

Werner Vogel aus Berlin

Er verstarb am 18. Januar 2017
im Alter von 90 Jahren

*Dr. Gerhard Markowsky aus
Königs Wusterhausen*

Er verstarb am 27. Januar 2017
im Alter von 85 Jahren

Lothar Hübner aus Bestensee

Er verstarb am 10. Februar 2017
im Alter von 78 Jahren

Dr. Dieter Simon aus Friedersdorf

Er verstarb am 19. Februar 2017
im Alter von 82 Jahren

Herbert Willner aus Wandlitz

Er verstarb am 22. Februar 2017
im Alter von 90 Jahren

Unser Mitgefühl gilt allen Hinterbliebenen
Der Vorstand, TAG Königs Wusterhausen,
AG Aufklärer